



An den Grossen Rat

24.5510.02

PD/P245510

Basel, 19. Februar 2025

Regierungsratsbeschluss vom 18. Februar 2025

Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend «eine Strategie zur Steigerung der Zahlungsbereitschaft für Kultur»

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Johannes Sieber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Basel-Stadt hat ein grosses Angebot an Kultur. Wir fördern Kultur vielfältig und grosszügig. Das ist gut so. Wir legen Wert darauf, dass Kultur für alle Menschen zugänglich ist. Die kulturelle Partizipation soll auch für Menschen möglich sein, deren Haushaltsbudget knapp ist. Auch das ist richtig. Kultur findet zudem im öffentlichen Raum statt. Es ist darum richtig, dass ein Jugendkulturfestival auf dem Barfüsserplatz oder ein Floss am Kleinbasler Rheinufer frei zugänglich sind und wir die temporären kulturellen Spielstätten nicht hinter errichteten Gehegen verstecken, um sie nur durch Eintrittsgelder zugänglich zu machen. Das würde dem offenen Geist der Kulturstadt Basel widersprechen.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass die Bereitschaft für Kultur zu bezahlen, stetig sinkt. Die Ticketpreise für Konzerte der Populärmusik, beispielsweise, sind in Basel-Stadt tiefer als in anderen, vergleichbaren Städten. Es ist zu beobachten, dass auch staatlich subventionierte Kulturinstitutionen Eintrittspreise nach dem Meccano «von - bis» einführen. Dass also Kultur nicht mehr nach der Zahlungsmöglichkeit der Gäste sondern nach ihrer Zahlungsbereitschaft angeboten wird. Das, obwohl beispielsweise mit der «Kulturlegi» ein Instrument besteht, um den Zugang zur Kultur sicherzustellen. Ausgerechnet die «Kulturlegi», jedoch, ist beispielsweise in Zürich viel besser etabliert. Ist das Zufall?

Vor diesem Hintergrund interessiert sich der Unterzeichnende für die Zahlungsbereitschaft für Kultur im Kanton Basel-Stadt und für die Überlegungen zu einer Strategie zur Steigerung der Zahlungsbereitschaft für Kultur. Er bittet den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Teilt der Regierungsrat die Beobachtung, dass in Basel-Stadt die Zahlungsbereitschaft für Kultur tiefer liegt als in vergleichbaren Städten (Zürich, Bern, Lausanne, Genf)? Hat er diese Beobachtung mit Zahlen erhärtet? Beispielsweise anhand der Ticketpreise?
2. Wie erklärt sich der Regierungsrat die tiefere Zahlungsbereitschaft für Kultur im Kanton Basel-Stadt? Ist die Grenznähe zu Deutschland und Frankreich ausschlaggebend? Falls ja, inwiefern? Sind diese Beobachtungen mit Zahlen unterlegt?
3. Existieren strategische Überlegungen zur Steigerung der Zahlungsbereitschaft für Kultur? Wie kann diese gesteigert werden bei gleichbleibender Sicherung der Zugänglichkeit? Kann die Stärkung der «Kulturlegi» dafür eine Rolle spielen? Gibt es andere Instrumente?
4. Inwiefern fliessen diese und andere Überlegungen in Kulturförderentscheide ein? Wird beispielsweise darauf geachtet, dass nicht zu viel vom Selben gefördert wird? Gibt es in Leistungsvereinbarungen beispielsweise Vorgaben für das Ticketing? Oder andere Überlegungen und Massnahmen?

5. Ist geplant, die Zahlungsbereitschaft für Kultur als Thema im neuen Kulturleitbild zu berücksichtigen?

Johannes Sieber»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1 Allgemeines

Der Regierungsrat bekennt sich zu einem vielfältigen und qualitativ hochwertigen Kulturangebot und fördert insbesondere inklusive Angebote, welche eine breite Teilhabe der Bevölkerung ermöglichen. Die Kulturförderung des Kantons Basel-Stadt erfolgt einerseits durch Staatsbeiträge, andererseits durch Ausschreibungen für Projekt- und Programmbeiträge durch die Abteilung Kultur. Darüber hinaus wird das kulturelle Angebot auch massgeblich durch Förderung aus dem Swisslos-Fonds Basel-Stadt ermöglicht.

Zu Ermässigungen für Geringverdienende und insbesondere der KulturLegi der Caritas beider Basel hat der Regierungsrat mit der Beantwortung folgender parlamentarischer Anfrage ausführlich Stellung genommen:

- Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend «Stellenwert der KulturLegi für die Ziele der Kulturstrategie 2020/2025» (22.5508.02)
- Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend «Stärkung der Teilhabe an Kultur durch Ausbau und Konsolidierung des Angebots der KulturLegi» (23.5090.02)

Sowohl beim Amt für Sozialbeiträge (ASB) als auch bei der Sozialhilfe Basel-Stadt unterstützte beziehungsweise antragsberechtigte Personen werden über das Angebot KulturLegi informiert. Seit 2019 wird das Projekt KulturLegi der Caritas beider Basel vom Kanton Basel-Stadt mit einem Staatsbeitrag (aktuell für die Jahre 2022-2025) gezielt gefördert; daneben unterstützen auch der Kanton Basel-Landschaft und die Christoph Merian-Stiftung dieses Angebot. Massgebliche technische Optimierungen seitens der Caritas beider Basel in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen im Kanton (Sozialhilfe, ASB) haben dazu beigetragen, dass sich die Nutzungszahlen der KulturLegi in Basel in den letzten Jahren positiv entwickelt haben.

Der Regierungsrat vertritt die Auffassung, dass die KulturLegi ein wesentliches Mittel darstellt, um die Teilhabe von geringverdienenden Personen am öffentlichen Leben zu fördern. Zugleich ist der Regierungsrat der Ansicht, dass es allein Sache der Caritas ist, bestehende Partnerschaften zu entwickeln oder neue zu gewinnen. Mit Staatsbeiträgen unterstützte Kulturinstitutionen erhalten vom Präsidialdepartement standardisiert via Leistungsvereinbarung die Auflage, auf Eintrittspreisen für ihre Angebote mit Vorweisen der KulturLegi Basel Reduktionen von mindestens 30% zu akzeptieren. Dasselbe gilt für die staatlichen Museen. Die Zusageschreiben des Swisslos-Fonds weisen systematisch darauf hin, dass es begrüsst wird, wenn bei Veranstaltungen Colourkey, KulturLegi und ähnliche Karten zur Vergünstigung der Ticketpreise akzeptiert sind. Der Swisslos-Fonds achtet grundsätzlich auf eine niederschwellige Preisgestaltung.

Der Regierungsrat möchte weiterhin davon absehen, andere Ermässigungskarten wie den Familienpass, den Colourkey oder die Initiative «KulturCommunity» zugunsten der KulturLegi zu begrenzen oder zu reglementieren. Er hält gerade die unterschiedlichen Angebote für wichtig und zielführend, um in sinnvoller Weise verschiedenen Bedürfnissen von unterschiedlichen Zielgruppen entgegenzukommen.

Abgesehen von den erwähnten Aufforderungen, Ermässigungen zu gewähren, hält der Regierungsrat fest, dass die geförderten Kulturinstitutionen und Festivals ihre Preisstruktur selbst gestalten. Sie tragen die unternehmerische Verantwortung für ihren Betrieb und sind aufgefordert, eigene

Einnahmen zu erwirtschaften. Die Balance zwischen einem zielgruppenspezifisch attraktiven Angebot und der Einnahmenstruktur soll vom Kanton nicht weitergehend reguliert werden.

2 Zu den einzelnen Fragen

1. *Teilt der Regierungsrat die Beobachtung, dass in Basel-Stadt die Zahlungsbereitschaft für Kultur tiefer liegt als in vergleichbaren Städten (Zürich, Bern, Lausanne, Genf)? Hat er diese Beobachtung mit Zahlen erhärtet? Beispielsweise anhand der Ticketpreise?*
2. *Wie erklärt sich der Regierungsrat die tiefere Zahlungsbereitschaft für Kultur im Kanton Basel-Stadt? Ist die Grenznähe zu Deutschland und Frankreich ausschlaggebend? Falls ja, inwiefern? Sind diese Beobachtungen mit Zahlen unterlegt?*

Zu den Fragen 1 und 2: Der Regierungsrat kann zu der Beobachtung, dass in Basel-Stadt die Zahlungsbereitschaft tiefer ist als in anderen vergleichbaren Städten, nicht Stellung nehmen, da diese Aussage nicht durch belastbare Zahlen erhärtet ist. Die Beantwortung dieser Frage würde eine umfassende Untersuchung mit seriöser Methodik zur nationalen Vergleichbarkeit erfordern. Bei Ticketpreisen im Kulturbereich ist eine Vergleichbarkeit grundsätzlich schwierig, da sowohl innerhalb der einzelnen Kultursparten (Literatur, Bildende Kunst, Theater, Musik, Crossover) als auch innerhalb der einzelnen Genres (etwa von der Oper bis zum Popkonzert) eine grosse Bandbreite beziehungsweise Heterogenität an Preissystemen herrscht, abgestimmt auf das ebenso heterogene Publikum. So bieten verschiedene Institutionen neben Standardpreisen eine grosse Anzahl Vergünstigungen für diverse Zielgruppen an (AHV, Familien, KulturLegi, Kinder/Jugendliche, Menschen in Ausbildung, Status als Geflüchtete, Gruppen etc.). Zudem wird in neuester Zeit auch vermehrt das in der Anfrage erwähnte Modell «Pay as you can / Zahle was Du kannst» eingeführt (z. B. bei der Kaserne Basel), bei dem Besuchende freiwillig wählen können zwischen abgestuften Ticketpreisen (z. B. 15 / 25 / 35 Franken) je nach persönlichen finanziellen Rahmenbedingungen. Diese Flexibilität ist grundsätzlich aus Sicht des Regierungsrates begrüssenswert, erschwert jedoch gleichzeitig die Erhebung der in der Frage aufgeworfenen Zahlungsbereitschaft.

3. *Existieren strategische Überlegungen zur Steigerung der Zahlungsbereitschaft für Kultur? Wie kann diese gesteigert werden bei gleichbleibender Sicherung der Zugänglichkeit? Kann die Stärkung der «Kulturlegi» dafür eine Rolle spielen? Gibt es andere Instrumente?*

Der Regierungsrat verweist auf die allgemeinen Bemerkungen (siehe oben) und hält fest, dass die KulturLegi, neben anderen Ermässigungskarten, wichtig ist, um die Zugänglichkeit von Kulturangeboten zu sichern. Auf eine darüberhinausgehende Steuerung möchte der Regierungsrat zugunsten der unternehmerischen Freiheit und Eigenverantwortung der Kulturinstitutionen verzichten.

4. *Inwiefern fliessen diese und andere Überlegungen in Kulturförderentscheide ein? Wird beispielsweise darauf geachtet, dass nicht zu viel vom Selben gefördert wird? Gibt es in Leistungsvereinbarungen beispielsweise Vorgaben für das Ticketing? Oder andere Überlegungen und Massnahmen?*

Bei allen Anträgen an die Abteilung Kultur und an den Swisslos-Fonds Basel-Stadt werden die eingereichten Budgets sorgfältig geprüft. Das Staatsbeitragsgesetz sieht vor, dass nur Leistungen zugunsten der Öffentlichkeit unterstützt werden, die ohne Finanzhilfen nicht erbracht werden können. Zugleich wird von den Gesuchstellenden eine zumutbare Eigenleistung und Eigenwirtschaftlichkeit gefordert. Die Gestaltung des jeweiligen Ticketings ist – innerhalb dieser Vorgaben – dem jeweiligen Kulturbetrieb freigestellt und soll nach Ansicht des Regierungsrats nicht durch Vorgaben in den Leistungsvereinbarungen reglementiert werden.

5. *Ist geplant, die Zahlungsbereitschaft für Kultur als Thema im neuen Kulturleitbild zu berücksichtigen?*

Es ist geplant, im neuen Kulturleitbild das Thema der Kulturfinanzierung anzusprechen, ebenso wie das Thema der kulturellen Teilhabe. Die Zahlungsbereitschaft der kulturinteressierten Bevölkerung in den Fokus zu nehmen, hält der Regierungsrat für ein zu eng definiertes Handlungsfeld für das Kulturleitbild.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin